Büchenau
SPD

Melanie Ernst
Au in den Buchen 26
76646 Bruchsal

Sven B. Riffel
Gustav- Laforsch- Str. 59
76646 Bruchsal

info@spd-buechenau.de

Öffentliche Sitzung des **Ortschaftsrates Büchenau** am **16.11.2026**

2026.11.16: Notizen aus dem Ortschaftsrat

Im Folgenden geben wir die Inhalte der Ortschaftsratsitzung vom 16.11.2026 wieder, wie sie inhaltlich verstanden wurden. Es erfolgt kein Anspruch auf Vollständigkeit der wiedergegebenen Inhalte.

Ortsvorsteherin Kramer begrüßt die Mitglieder des Ortschaftsrates sowie einen Zuhörer. Zum Top 1 begrüßt sie erstmals Herrn Heß von der Stadtkämmerei Bruchsal als Stellvertreter von Herrn Golka.

Tagesordnung:

Top 1	Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für 2027 - Information durch die Finanzverwaltung
Top 2	Bekanntgaben
Top 3	Anfragen und Anträge aus dem Ortschaftsrat
Top 4	Bürgerfragestunde
Top 5	Kenntnisnahme des Ortschaftsrates vom Protokoll der Sitzung am 21.09.2026

Top 1: Haushaltsplan der Stadt Bruchsal für 2027 - Information durch die Finanzverwaltung

Herr Heß stellt anhand einer Präsentation die wesentlichen Eckpunkte und Rahmenbedingungen des Entwurfs des Haushaltsplans 2027, der am 21. Oktober 2026 in den Gemeinderat eingebracht wurde (Finanzen | Stadt Bruchsal), vor. Hierbei geht er auf die angespannte finanzielle Situation der Stadt und die damit verbundenen Herausforderungen für die kommenden Jahre ein.

Im Ergebnis der ordentlichen Erträge bzw. Aufwendungen und investiven Einzahlungen bzw. Auszahlungen ergibt sich ein veränderter Finanzierungsmittelbestand von - 23,1 Mio. € (Plan 2026) zu – 6,7 Mio. € (Plan 2027). 2018 bis 2024 waren sehr hohe Gewerbesteuereinnahmen zu verzeichnen, die sich im Zweijahresrhythmus und durch Ausbleiben auf den Haushalt negativ auswirken. Die Stadt Bruchsal muss somit weiterhin mit einem erheblichen Defizit rechnen. Der Ergebnishaushalt verbessert sich gegenüber 2026 zwar deutlich, bleibt aber mit 9,1 Mio. € im Minus. Die Nettokreditaufnahme beträgt 22,1 Mio. €, ein Plus von 4,9 Mio. € (Plan 2026 = 17,2 Mio. €).

Die Erträge schwanken im Jahresvergleich deutlich. Die Aufwendungen bleiben hingegen mit rund 186 Mio. € weitgehend konstant. Gegenüber 2026 steigen insbesondere die Zuweisungen und Zuwendungen deutlich, während die sonstigen Erträge zurückgehen. In der Planung sind für die Jahre 2027 bis 2030 keine Steuererhöhungen geplant. Außerdem basiert der Entwurf der Haushaltsplanung auf einer als stabil angenommenen wirtschaftlichen Lage und der Steuerschätzung vom Mai 2026. Bislang ist kein Stellenabbau durch die Stadt bis 2030 eingeplant, jedoch soll der Personalaufwand in den kommenden Jahren angepasst werden.

Die bereits beschlossenen und begonnenen Bauinvestitionen für 2027 i. H. v. 22,1 Mio. € werden umgesetzt, neue größere Bauvorhaben sind nicht vorgesehen. Zu den größten Investitionen der Jahre

2027 bis 2030 zählen u.a. die Kapitalerhöhungen (23,4 Mio. €) für städtische Tochtergesellschaften (Stadtwerke, Wohnungsbau und BMTV), die Generalsanierung der Albert-Schweitzer-Realschule (17,0 Mio. €), das Hochwasserrückhaltebecken in Helmsheim (14,6 Mio. €) oder der Hochwasserschutz am Saalbach (6,5 Mio. €). Mögliche Zuschüsse sind bei den Investitionssummen nicht berücksichtigt. Förderprogramme werden systematisch geprüft und Anträge gestellt.

In der Finanzplanung wird für 2030 bereits ein nicht mehr vollständig gedeckter Fehlbetrag ausgewiesen. Stand heute werden die finanziellen Rücklagen 2030 aufgebraucht sein. Ohne strukturelle Verbesserung reichen Rücklagen und laufende Einnahmen langfristig nicht aus. So kann voraussichtlich ab 2030 grob von 20 bis 30 Mio. € minus pro Jahr ausgegangen werden. Der Schuldenstand wird von 2026 i. H. v. rd. 72 Mio. € im Jahr 2030 auf rd. 158 Mio. € steigen. Kostensteigernd wirken sich die zurückgehenden bzw. schwächeren Gewerbesteuereinnahmen, stark steigenden Sozialausgaben, höheren Belastungen durch die Kreisumlage, die allgemeinen Kosten- und Personalkostensteigerungen und vor allem die zusätzlichen Aufgaben von Bund und Land ohne aus Sicht der Stadt ausreichende Gegenfinanzierung.

Marika Kramer unterstreicht nochmals, dass die strukturellen finanziellen Probleme auf die Vorgaben von Land / Bund zurückzuführen sind.

Anschließend folgen die Fragen und Stellungnahmen der Fraktionen:

Freie Wähler: Gibt es bei den Personalkosten Ansätze diese zu reduzieren? Ergreift die Stadt Maßnahmen, um Bruchsal für Unternehmen attraktiv zu machen?
Ein Unternehmen ist ganz groß in Bruchsal. Gibt es weitere Unternehmen, die maßgebend für die Gewerbesteuereinnahmen sind?
Die Albert-Schweitzer-Realschule wird für 17,0 Mio. € saniert. Sind keine weiteren Kosten für Schulen eingestellt? Auch das Thema Hitzeschutz wurde diskutiert?

Herr Heß erläutert, dass eine Haushaltskonsolidierungsgruppe sich den Verwaltungsprozessen annimmt, um umzustrukturieren und mittelfristig Personal effizienter einzusetzen. Die Gewerbesteuer wurde erst erhöht, eine weitere Erhöhung ist zunächst ausgesetzt. Es gibt zwei, drei Unternehmen in Bruchsal die einen entsprechenden Einfluss auf die Gewerbesteuerhöhe haben. Es gibt noch weitere Investitionen in die Schulen, die hier nicht aufgeführt sind. Beim Thema Hitzeschutz läuft die entsprechende Diskussion noch.

CDU: Die CDU fragen nach, wo wirklich konkret gespart werden kann? Gibt es Personalien (z.B. im Kann-Aufgabenbereich) auf die verzichtet werden könnte? Wo kann auch im sozialen Bereich eingespart werden? Benötigt es tatsächlich einen Kindergartenneubau auf dem Campus mit Blick auf den demografischen Wandel? Könnte z.B. in Büchenau durch ehrenamtliches Engagement der Vereine der Allwetterplatz hinter der Mehrzweckhalle mit Unterstützung der Stadt erneuert werden?

Herr Heß verweist auf die Ortschaftsratsitzung im Januar 2027, in dem die relevanten Themen für Büchenau bezügl. Haushalt vorgestellt werden. Bezüglich möglicher Einsparungen gibt er zu bedenken, dass selbst wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen würden, wie z.B. Schwimmbäder, dies trotzdem nicht ausreichen würde, da es sich um strukturelle Probleme handelt. Bezüglich Allwetterplatz käme vermutlich auch die Haftungsfrage auf.

SPD: SPD-Ortschaftsrat **Sven Riffel** merkt an, dass sich für die **SPD-Fraktion** keine dezidierten Fragen zum Haushaltsentwurf 2027 ergaben. Die strukturellen finanziellen Probleme der Kommunen seien maßgeblich auf die Auf-/Vorgaben von Bund und Land zurückzuführen. Nach seiner Auffassung sei dabei der **Grundsatz „Wer bestellt, der**

bezahlt auch.“ in den vergangenen Jahren wohl auf diesen politischen Ebenen zunehmend in Vergessenheit geraten.
Gleichzeitig plädiert er dafür, dass insbesondere die Büchenauer Bürger:innen weiterhin für ein gemeinschaftliches Zusammenleben einstehen und sich gegenseitig unterstützen. Angesichts der finanziellen und gesellschaftlichen Herausforderungen werde künftig auch wieder mehr bürgerschaftliches Engagement erforderlich sein. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich die Gesellschaft nach den wirtschaftlich erfolgreichen Nachkriegsjahren zunehmend auf einem erreichten Wohlstand ausgeruht und vielfach ein „Es geht immer so weiter“ vorausgesetzt.

Ergänzender Hinweis:

Informationsveranstaltung „**Die angespannte Haushaltslage unserer Stadt – Ursachen und Auswirkungen**“ am **Montag, 30.11.2026**, um **18:30 Uhr**, im Ehrenbergsaal des **Bürgerzentrums Bruchsal**.

Top 2: Bekanntgaben

Ortschaftratsitzung im Februar 2027:
Ortsvorsteherin Kramer informiert, dass am 15. Februar 2027 Oberbürgermeister Weigt in die Ortschaftsratsitzung kommen wird.

Top 3: Anfragen und Anträge aus dem Ortschaftsrat

Nachfragen der Freien Wähler:

„Zum Sachstand der Poller in der Hirtengasse und Bankgässle“:
Die Freien Wähler bitten um den aktuellen Sachstand zu den geplanten Pollern in der Hirtengasse und Bankgässle.

Ortsvorsteherin Kramer teilt mit, dass die Anhörung der Anwohner in der Hirtengasse stattgefunden habe und nun die Anhörung der relevanten Stellen laufe.

„Zum herausgenommenen Poller im Bereich Betreutes Wohnen“:
Laut den Freien Wählern ist nun in dem Bereich eine Durchfahrtsbreite von gut 2,5 m vorhanden, die nicht so angedacht war. Das Durchfahren sollte vielmehr nur den Radfahrenden erleichtert werden.

Ortsvorsteherin Kramer prüft den Sachverhalt und gibt diesen direkt an die Stadtverwaltung weiter.

„Lärmschutzwall bei „Im Grausenbutz““:
Die Begrünung des Lärmschutzwalls bei „Im Grausenbutz“ ist immer noch nicht abgeschlossen. Ist dies nicht Aufgabe des Investors?

Ortsvorsteherin Kramer teilt mit, dass die Stadtverwaltung mit dem Investor im Gespräch sei und auch noch keine Abnahme erfolgte.

„Lärmschutzwall entlang der L 558“:
Die Freien Wähler fragen nach, ob der 1. Bauabschnitt des Lärmschutzwalls entlang der L 558 nicht bereits begrünt werden kann?

Ortsvorsteherin Kramer teilt mit, dass die dortige Baufirma dies bereits zugesagt habe.

„Verkehrskonzept Spöcker Straße“:
Die Freien Wähler fragen bezügl. einem Verkehrskonzept für die gesamte Spöcker Straße nach.

Ortsvorsteherin Kramer verweist hierzu auf die in der vergangen Ortschaftsratsitzung angekündigte Untersuchung der verkehrlichen Situationen im kommenden Jahr.

„Umsetzung der Maßnahmen der Verkehrsschau 2026“:
Die Freien Wähler fragen bezügl. der Umsetzung der Maßnahmen der Verkehrsschau 2026 nach.

Ortsvorsteherin Kramer verweist darauf, dass der Bauhof Bruchsal eine lange Prioritätenliste mit Maßnahmen hat, die er sukzessive abarbeitet.

„Schülerbeförderung nach Büchenau – Schulbusse überlastet“
Die Freien Wähler weisen darauf hin, dass die Schulbusse überlastet sind und ausreichende Kapazitäten zum Fahrplanwechsel in Dezember 2026 vorzusehen sind.

Der Ortschaftsrat Büchenau empfiehlt die Anfrage direkt an den KVV sowie zur Kenntnis an den Oberbürgermeister Weigt zu richten.

Anfrage der SPD Büchenau zum „Neubau an der Ecke Im Grün/Neutharder Straße in Bezug zu den Bekanntgaben am 21.09.2026“:
Ortschaftsrat **Sven Riffel** erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand zum Bauvorhaben „Im Grün/Neutharder Straße“. Hintergrund seiner Nachfrage ist die Information in der Ortschaftsratsitzung vom 21.09.2026, wonach die Stadtverwaltung Bruchsal einen Baustopp verhängt hat. Zwischenzeitlich haben sich Bürger:innen an ihn gewandt, da der Baukran weiterhin vor Ort steht, jedoch keinerlei Bautätigkeiten erkennbar sind. Insbesondere an dieser Einmündung führe der Kran zu einer zusätzlichen Verengung einer ohnehin beengten Verkehrssituation. Dies könne vor allem bei Begegnungsverkehr zwischen Lkws und Bussen, aber teilweise auch zwischen Pkws, zu zusätzlichen Behinderungen führen. Vor diesem Hintergrund bittet er um einen Sachstandsbericht und eine Antwort darauf, wie lange ein Baukran ohne erkennbaren Nutzen im öffentlichen Raum stehen bleiben darf?

Anfrage der SPD Büchenau: „Anfrage zum Sachstand der Jugendarbeit, Verbleib des Jugendclubs und Aufwertung des Allwetterplatzes an der Mehrzweckhalle Büchenau“ (2026.GS06.A0):
Im Zusammenhang mit dem angekündigten Abschied des Jugendclubs Büchenau aus dem „JCB-Raum“ bittet die **SPD Büchenau** die Stadtverwaltung Bruchsal um Auskunft, wie weit die konkreten zeitlichen und finanziellen Planungen für die Unterbringung der Jugendarbeit sowie des Jugendclubs Büchenau fortgeschritten sind? Ebenso wird um Auskunft zum Sachstand sowie den Finanzierungs- und Umsetzungsmöglichkeiten für die seit Jahren geforderte Aufwertung des Allwetterplatzes an der Mehrzweckhalle (MZH) gebeten.

Der Ortschaftsrat Büchenau trägt diese Anfrage mit.

Top 4: Bürgerfragestunde

Ein Bürger erkundigt sich, ob Aktionen wie die zuletzt durchgeführte Sammelaktion für Schuhe, bei der Sammelbehälter vor den jeweiligen Grundstücken aufgestellt wurden, einer behördlichen Genehmigung bedürfen.

Darüber hinaus bittet er den Ortschaftsrat sich nach der rechtlichen Zulässigkeit von Plakaten zu erkundigen, auf denen zur Suche nach Altfahrzeugen aufgerufen wird. Er möchte wissen, ob diese Plakate ordnungsgemäß genehmigt wurden und welche Möglichkeiten die Stadtverwaltung Bruchsal ggf. hat, gegen nicht genehmigte Plakatierungen vorzugehen?

Ortsvorsteherin Kramer wird die Anfragen an die Stadtverwaltung Bruchsal weiterleiten.

Der Ortschaftsrat Sitzung wohnte ein Bürger bei.